



Satzung über die Benutzung und den Betrieb der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat der Gemeinderat der Stadt Künzelsau am 18.11.2014 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgabe der Einrichtung

- 1) Die Kinderbetreuungseinrichtung (im Folgenden: „Einrichtung“) hat die Aufgabe, die Erziehung der Kinder in der Familie zu ergänzen und zu unterstützen. Durch Bildungs- und Erziehungsangebote fördert sie die körperliche, geistige und seelische Entwicklung des Kindes.
- 2) Zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags in der Einrichtung orientieren sich die Mitarbeiter/innen an den durch Aus- und Fortbildung vermittelten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Kleinkindpsychologie und -pädagogik sowie an ihren Erfahrungen aus der praktischen Arbeit in der Einrichtung.
- 3) Die Kinder lernen dort frühzeitig einen gruppenbezogenen Umgang miteinander und werden zu partnerschaftlichem Verhalten angeleitet.
- 4) Die Erziehung in der Einrichtung nimmt auf die durch die Herkunft der Kinder bedingten unterschiedlichen sozialen, weltanschaulichen, religiösen Begebenheiten Rücksicht.
- 5) Die Einrichtung wird öffentlich-rechtlich betrieben. Für die Benutzung wird eine öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühr erhoben.

§ 2

Aufnahme, Benutzerkreis

- 1) In die Einrichtung werden – je nach Betreuungsform – Kinder im Alter vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt aufgenommen.
- 2) Kinder, die vom Besuch der Grundschule zurückgestellt sind, sollen, soweit möglich, eine Grundschulförderklasse besuchen. Der Träger der Einrichtung ist vom Personensorgeberechtigten unverzüglich über die Rückstellung vom Besuch der Grundschule zu unterrichten.
- 3) Soweit freie Plätze zur Verfügung stehen, werden Kinder unter Beachtung von Abs. 6 in die Einrichtung ihrer Wahl aufgenommen. Stehen in der gewünschten Einrichtung keine freien Plätze zur Verfügung, werden die freien Plätze der weiteren Einrichtungen angeboten. Es besteht kein Anspruch auf die Unterbringung in einer bestimmten Einrichtung oder Betreuungsform.
- 4) Kinder mit und ohne Behinderungen werden, soweit möglich, in gemeinsamen Gruppen erzogen. Dabei wird berücksichtigt, dass sowohl den Bedürfnissen der behinderten als auch der nicht behinderten Kinder Rechnung getragen wird.
- 5) Jedes Kind ist vor der Aufnahme in die Einrichtung auf Veranlassung der Eltern/Personensorgeberechtigten ärztlich zu untersuchen. Hierüber muss bei der Anmeldung eine Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung nach § 4 des Kindertagesbetreuungsgesetzes und nach den Richtlinien über die ärztliche Untersuchung vorgelegt werden. Es wird empfohlen, von der nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch vorgesehenen kostenlosen Vorsorgeuntersuchung für Kinder von Versicherten Gebrauch zu machen. Maßgeblich für die Aufnahme ist je nach Lebensalter des Kindes zum Zeitpunkt der Aufnahme die letzte ärztliche Untersuchung. Dies gilt nicht für die Betreuung von Kindern im Grundschulalter.
- 6) Plätze in Einrichtungen werden bevorzugt an Kinder vergeben, wenn
 - a) sie ihren Hauptwohnsitz in Künzelsau haben, oder



- b) ein Elternteil einer Erwerbsarbeit in Künzelsau nachgeht oder eine Erwerbstätigkeit in Künzelsau aufnimmt, sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder an Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt teilnimmt, oder
- c) ein Elternteil alleinerziehend ist oder
- d) ohne diese Leistung eine ihrem Wohl entsprechende Förderung nicht gewährleistet ist, insbesondere solche Kinder, deren Personensorgeberechtigten Anspruch auf Hilfen zur Erziehung nach dem KJHG haben, sofern diese Hilfe durch den Platz in der Einrichtung geleistet werden kann.

Über die Reihenfolge der Aufnahme dieser Kinder entscheidet die Dringlichkeit des Betreuungsbedarfs unter Berücksichtigung der Gruppenstruktur; hierbei ist auf eine ausgewogene Alters- und Geschlechtermischung zu achten.

- 7) Über die Aufnahme der Kinder entscheidet unter Berücksichtigung von Abs. 3 der Träger der Einrichtung. Die Zuordnung der Kinder zu den einzelnen Gruppen entscheidet die jeweilige Leitung der Einrichtung im Einvernehmen mit dem Träger.
- 8) Eine Aufnahme ist zum 1. oder 15. eines Monats möglich.
- 9) Der Aufnahmeantrag wird erst bearbeitet, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 - a) Vorliegen der ärztlichen Bescheinigung. Als ärztliche Untersuchung gilt auch die Vorsorgeuntersuchung.
 - b) Vorliegen des unterzeichneten Anmeldeformulars von beiden Sorgeberechtigten/Erziehungsberechtigten. Sofern das alleinige Sorgerecht vorliegt, ist eine entsprechende Bescheinigung beizufügen.

Die Aufnahmezusage erfolgt durch schriftlichen Bescheid.

§ 3

Eingewöhnung

Die Eingewöhnungszeit kann sowohl im Kindergarten als auch im Krippenbereich ein bis vier Wochen in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit unterstützt eine sorgeberechtigte Person die Einrichtung um dem Kind den Übergang zwischen Elternhaus und Einrichtung zu erleichtern. Genauere Informationen können dem Eingewöhnungskonzept entnommen werden.

§ 4

Abmeldung, Kündigung

- 1) Die Abmeldung kann zum 14. oder auf das Ende eines Monats erfolgen. Sie ist mindestens vier Wochen vorher schriftlich dem Träger der Einrichtung zu übergeben.
- 2) Für Kinder, die in die Schule aufgenommen werden und bis zum Ende des Kindergartenjahres die Einrichtung besuchen, erübrigt sich eine schriftliche Abmeldung.

§ 5

Besuch der Einrichtung, Öffnungszeiten

- 1) Das Kindergartenjahr beginnt und endet mit dem Ende der Sommerferien der Einrichtung.
- 2) Im Interesse des Kindes und der Gruppe soll die Einrichtung regelmäßig besucht (richtet sich nach der vereinbarten Betreuungszeit) werden.
- 3) Ist ein Kind am Besuch der Einrichtung verhindert, muss dieses der Kindergartenleitung am ersten Tag des Fernbleibens mitgeteilt werden.



- 4) Die Einrichtungen sind in der Regel von Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage, Ferien der Einrichtung und der zusätzlichen Schließungszeiten (§ 6) geöffnet. Änderungen der Öffnungszeiten bleiben nach Anhörung des Elternbeirates dem Träger vorbehalten. Die regelmäßigen täglichen Öffnungszeiten werden durch Aushang in der Einrichtung bekanntgegeben.
- 5) Der Besuch der Einrichtung regelt sich nach der vereinbarten Betreuungszeit. Eine Betreuung außerhalb der Betreuungszeit ist durch das Personal nicht gewährleistet, deshalb muss das Kind pünktlich abgeholt werden. Die Bring- und Abholzeiten legen die jeweiligen Einrichtungen nach Anhörung des Elternbeirates im Einvernehmen mit dem Träger fest.

§ 6

Schließtage (Ferien) und Schließung der Einrichtung aus besonderem Anlass

- 1) Die Ferienzeiten werden jeweils für ein Kalenderjahr festgesetzt und rechtzeitig bekanntgegeben.
- 2) Pro Kalenderjahr haben alle Einrichtungen 29 Schließtage. Diese teilen sich auf in 15 Tage im August (immer die ersten drei Wochen), 4 Tage über Ostern, 4 Tage über Pfingsten, die restlichen 6 Schließungstage werden individuell festgelegt (vorrangig in den Schulferien). Während der 15 Schließungstage im August sowie während der 4 Schließungstage über Ostern bietet die Stadt einen Ferienkindergarten an. Für alle Sonderformen der Betreuung (Ferienkindergarten, etc.) muss eine weitere Anmeldung beim Träger der Einrichtung erfolgen.
- 3) Muss die Einrichtung oder eine Gruppe aus besonderem Anlass (z.B. wegen Erkrankung oder dienstlicher Verhinderung) geschlossen bleiben, werden die Eltern/Personensorgeberechtigten hiervon rechtzeitig unterrichtet.
- 4) Der Träger der Einrichtung ist bemüht, eine über die Dauer von drei Tagen hinausgehende Schließung der Einrichtung oder der Gruppe zu vermeiden. Dies gilt nicht, wenn die Einrichtung zur Vermeidung der Übertragung ansteckender Krankheiten geschlossen werden muss.

§ 7

Benutzungsgebühr

Für den Besuch der Einrichtung wird von der Stadt eine Benutzungsgebühr erhoben, deren Ausgestaltung vom Gemeinderat in der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen festgesetzt wird.

§ 8

Regelungen im Krankheitsfall

- 1) Für Regelungen in Krankheitsfällen, insbesondere zur Meldepflicht, zum Besuchsverbot bzw. bei der Wiederaufnahme des Kindes in die Einrichtung nach Krankheit, ist das Infektionsschutzgesetz (IfSG) maßgebend.
- 2) Über diese Regelungen des IfSG sind die Eltern und sonstige Sorgeberechtigte gemäß § 34 Abs. 5 S. 2 IfSG zu belehren. Die Belehrung erfolgt durch die Kenntnisnahme eines Merkblattes.
- 3) Bei Erkältungskrankheiten, bei Auftreten von infektiösen Hautausschlägen, Halsschmerzen, Erbrechen, Durchfall, Fieber sind die Kinder zu Hause zu behalten. Das



Gleiche gilt beim Auftreten von Läusen, Flöhen oder sonstigem Ungeziefer. Die Leitung der Einrichtung bzw. das pädagogische Fachpersonal der Einrichtung hat das Recht, die Kinder wieder heim zu schicken bzw. von den Personensorgeberechtigten abholen zu lassen.

- 4) Bei Verdacht oder Erkrankung des Kindes oder eines Familienmitgliedes an einer ansteckenden Krankheit (z.B. Cholera, Typhus, durch EHEC-Bakterien verursachter Brechdurchfall, infektiösen Magen-Darm-Erkrankung, bakterielle Ruhr, Diphtherie, Masern, Röteln, Scharlach, Windpocken, Keuchhusten, Mumps, Tuberkulose, Kinderlähmung, Gelbsucht, übertragbare Erkrankungen von Augen, Haut oder Darm) muss die Einrichtungsleitung sofort informiert werden, spätestens an dem der Erkrankung folgenden Tag. Die Einrichtungsleitung hat derartige Fälle unverzüglich dem Träger mitzuteilen. Der Besuch der Einrichtung ist in diesen Fällen ausgeschlossen.
- 5) Während der Betreuungszeit erkrankte Kinder sind unverzüglich von den Eltern/ Personensorgeberechtigten aus der Einrichtung abzuholen.
- 6) Bevor das Kind nach Auftreten einer ansteckenden Krankheit nach § 34 Abs. 1 IfSG oder Ungezieferbefall - auch in der Familie - die Einrichtung wieder besucht, ist eine ärztliche Stellungnahme (ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung), die den Besuch der Einrichtung wieder erlaubt, erforderlich. Im Zweifel kann ein amtsärztliches Attest verlangt werden. Besucht das Kind die Einrichtung, ohne dass eine ärztliche Stellungnahme abgegeben wurde, die den Besuch der Einrichtung wieder erlaubt, haften die Eltern/Personensorgeberechtigten für die Folgen.
- 7) In besonderen Fällen werden ärztlich verordnete Medikamente, die eine Einnahme in der Einrichtung während der Betreuungszeit notwendig machen, nur nach schriftlicher Bestätigung des Arztes sowie nach schriftlicher Vereinbarung zwischen Personensorgeberechtigten und den pädagogisch tätigen MitarbeiterInnen verabreicht.
- 8) Personensorgeberechtigte, die diese Regelungen in Krankheitsfällen missachten, haften für die sich hieraus ergebenden Schäden.

§ 9

Ausschluss vom Besuch

- 1) Kinder können von der Benutzung der Einrichtung ausgeschlossen werden, wenn
 - a) die Aufnahme durch unwahre Angaben erreicht wurde;
 - b) sie mehr als zwei Monate über einen zusammenhängenden Zeitraum unentschuldigt fehlen;
 - c) die Einrichtung nur unregelmäßig besuchen;
 - d) die in dieser Satzung aufgeführten Pflichten durch die Eltern/Personensorgeberechtigten trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt nicht beachtet werden;
 - e) sie wiederholt in grober Weise gegen die Ordnung in der Einrichtung verstoßen oder den Anordnungen des Personals zuwiderhandeln und dabei insbesondere andere Kinder erheblich belästigen, die Einrichtung beschädigen oder den Betrieb nachhaltig stören;
 - f) sich nach der Aufnahme herausstellt, dass das Kind noch nicht einen solchen Entwicklungsstand aufweist, dass es ohne erhebliche Störungen in die Gruppe integriert werden kann;
 - g) trotz einem anberaumten Einigungsgesprächs erhebliche Auffassungsunterschiede zwischen Eltern/Personensorgeberechtigten und der Einrichtung über das Erziehungskonzept und/oder eine dem Kind angemessene Förderung in der Einrichtung bestehen;
 - h) die Gebührenschuldner oder deren Vertreter mit der Zahlung der Benutzungsgebühr trotz Mahnung im Rückstand sind.



- 2) Ein Ausschluss wird durch den Träger der Einrichtung, nach vorheriger Rücksprache mit dem Jugendamt und der Gruppenleiterin, ausgesprochen. Der Ausschluss des Kindes erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Er ist unter Wahrung einer Frist von vier Wochen anzudrohen. Bevor ein Ausschlussverfahren in die Wege geleitet wird, wird von der Gruppenleiterin rechtzeitig der Allgemeine soziale Dienst des Jugendamtes zur Beratung hinzugezogen.

§ 10

Versicherung, Haftung

- 1) Die Kinder sind nach § 2 Abs. 1 Nr. 8a) des Siebten Buches Sozialgesetzbuch gesetzlich gegen Unfall versichert:
 - a) auf dem direkten Weg von der und zur Einrichtung,
 - b) während des Aufenthalts in der Einrichtung,
 - c) während aller Veranstaltungen der Einrichtung außerhalb des Geländes der Einrichtung (Spaziergänge, Feste, etc.)Die Kosten dieser Unfallversicherung trägt die Stadt Künzelsau.
- 2) Alle Unfälle, die auf dem Weg zur und von der Einrichtung eintreten, müssen der Leitung der Einrichtung unverzüglich gemeldet werden.
- 3) Die Stadt übernimmt keine Haftung für den Verlust, die Beschädigung und die Verwechslung der Garderobe, der Ausstattung und anderer persönlicher Gegenstände der Kinder. Es wird empfohlen, die Sachen mit dem Namen des Kindes zu versehen.
- 4) Eine Haftung der Stadt für Schäden, die von Personen verursacht werden, welche nicht in ihren Diensten stehen, wird in jedem Fall ausgeschlossen.
- 5) Für Schäden, die ein Kind einem Dritten zufügt, haften unter Umständen die Eltern/Personensorgeberechtigten. Es wird deshalb empfohlen, eine private Haftpflichtversicherung abzuschließen.

§ 11

Aufsicht

- 1) Während der Öffnungszeiten der Einrichtung sind grundsätzlich die pädagogisch tätigen Mitarbeiter/innen für die ihnen anvertrauten Kinder verantwortlich.
- 2) Die Aufsichtspflicht des Trägers der Einrichtung beginnt erst mit der Übernahme des Kindes durch die Betreuungskräfte in der Einrichtung und endet mit dem Verlassen derselben.
- 3) Auf dem Weg von und zur Einrichtung sowie auf dem Heimweg obliegt die Aufsichtspflicht alleine den Eltern/Personensorgeberechtigten. Dem ordnungsgemäßen Übergang in den jeweils anderen Aufsichtspflichtbereich ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
- 4) Die Eltern/Personensorgeberechtigten können durch schriftliche Erklärung gegenüber der Einrichtung entscheiden, ob das Kind alleine nach Hause gehen darf. Dies ist bei Kindern im Schulalter nicht erforderlich.

§ 12

Elternbeirat

Die Eltern werden durch einen jährlich zu wählenden Elternbeirat an der Arbeit der Einrichtung beteiligt.



die kreisstadt des hohenlohekreises

künzelsau

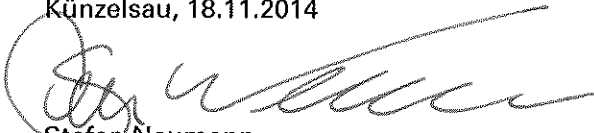
**§ 13
In-Kraft-Treten**

Die Satzung tritt am 01.01.2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 30.08.2011 außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Künzelsau geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Künzelsau, 18.11.2014


Stefan Neumann
Bürgermeister

